

## Flüchtlingsunterkünfte in der Corona-Krise : „Es ist eine hochdramatische Situation“

28. April 2020, Claudia Hauser

**Schon vor der Corona-Krise haben Flüchtlinge in Sammelunterkünften unter prekären Umständen gelebt. Jetzt spitzt sich die Situation zu. Eine Kölner Organisation hat sich mit einem offenen Brief ans NRW-Integrationsministerium gewandt.**

Zusammenleben auf engstem Raum ohne jede Privatsphäre, zentrale Essensausgaben und Toiletten, die sich bis zu zehn Menschen teilen müssen – schon vor der Corona-Krise war die Situation in vielen Aufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften für geflüchtete Menschen schwierig. „Inzwischen ist die Situation unzumutbar geworden“, sagt Dorothee Frings. Ein Schutz vor dem Coronavirus sei in den Unterkünften schlicht nicht möglich. Die Juristin berät die Kölner Menschenrechtsorganisation „Agisra“, die sich für Migrantinnen, Flüchtlinge und Frauen einsetzt, die von Rassismus und Gewalt bedroht sind.

Die Organisation hat sich nun mit einem offenen Brief an NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) und Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) gewandt. In dem Schreiben geht es um eine Containerunterkunft in Köln-Bayenthal, in der fast 500 Menschen seit Monaten „in unerträglicher Enge und Nähe“, wie es heißt. Dabei sei die Containerunterkunft eigentlich nur für einen kurzen Aufenthalt vorgesehen gewesen. In jedem Container der Einrichtung des Landes sind zehn Räume und vier Duschen, wie Frings sagt.

„In den zwölf Quadratmeter großen Zimmern leben entweder vier Einzelpersonen oder je eine Familie – unabhängig von der Kinderzahl“, sagt sie. Sämtliche Spielangebote für Kinder seien eingestellt worden, schulische Angebote habe es noch nie gegeben. „Desinfektionsspender gibt es, aber sie sind leer“, heißt es in dem Brief. Masken gebe es zwar für das Personal, nicht aber für die Bewohner. Viele Frauen würden aus Angst vor Ansteckung nicht mehr in die Mensa gehen – ein Raum, in dem die Tische dicht beieinander stünden. Stattdessen würden viele sich ihre Lebensmittel in der Südstadt kaufen und mit ihren Kindern auf dem Zimmer essen, wo es aber keine Möglichkeit gebe, etwas warm zu machen oder zu kochen. Bisher habe es in der Unterkunft einen Corona-Verdachtsfall gegeben, der sich aber nicht bestätigt habe, sagt Frings. „Es gilt zu verhindern, dass eine Quarantäne-Situation eintritt. Die Menschen müssen dort rauskommen, bevor es zu spät ist.“ Die Organisation fordert deshalb eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten.

In einer Flüchtlingsunterkunft in Bielefeld – einem ehemaligen Hotel - ist die befürchtete Situation bereits eingetreten. Mehr als 300 Menschen stehen dort unter Quarantäne, fast 50 sind mit dem Coronavirus infiziert. „Dort dürfen sechsköpfige Familien ihr Zimmer nicht mehr verlassen“, sagt Frings. Das Essen wird den Bewohnern aus Zimmer gebracht. „Die Stimmung ist dort aufgeladen, voller Konflikte und Aggressionen“, wie es im Schreiben heißt.

Neben Bielefeld stehen in NRW derzeit zwei weitere Einrichtungen in Euskirchen und Bonn unter Quarantäne, wie das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration auf Anfrage mitteilt. Insgesamt haben 119 Bewohner einen positiven Covid-19-Befund. 11.000 Menschen leben derzeit in den Landeseinrichtungen in NRW.

[In einer Unterkunft in Neuss wurde den Bewohnern vorsorglich untersagt, das Gebäude gruppenweise zu verlassen.](#) Mit einer kleinen Demo machte die Flüchtlingshilfe dort am Freitag auf die prekäre Situation der Bewohner aufmerksam und forderte ebenfalls eine Umverteilung der Menschen.

Maria Wersig ist Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes (DJB). Sie sagt: „Eine Unterbringung auf derart engem Raum ist vor allem für schwangere Frauen, Neugeborene und Familien mit Kleinkindern unzumutbar.“ Der DJB befürchtet, dass sexuelle und häusliche Gewalt in den Unterkünften zunehmen werden. Die Vereinigung fordert, Tagungshäuser, Jugendherbergen und Hotels, die derzeit ohnehin leer stünden, für die Unterbringung von Geflüchteten zu nutzen.

Dorothee Frings sagt: „Es ist eine hochdramatische Situation, weil die Frauen in der Quarantäne auch keine Handy-Karten mehr kaufen können.“ Ohne Handy seien sie völlig abgeschnitten von der Außenwelt. Und könnten sich noch nicht einmal an Beratungsstellen oder Nottelefone wenden, wenn sie selbst oder die Kinder Opfer von Gewalt würden.

Das NRW-Integrationsministerium teilt mit, dass die Unterbringungskapazitäten derzeit erhöht würden - auch, um etwa Flüchtlinge mit „besonderem Schutzbedarf“ separat unterbringen zu können. Gemeint sind Menschen, deren Immunsysteme durch Vorerkrankungen geschwächt sind. Die Bewohner der Unterkünfte würden in unterschiedlichen Sprachen über Corona informiert - etwa mit Infografiken zu Themen wie „Richtig niesen und husten“ und „Infektionen vorbeugen: Richtig Hände waschen“. Zugangsbeschränkungen in den Kantinen und Markierungen sollen dafür sorgen, dass der Mindestabstand eingehalten wird.

Dorothee Frings hält dies für unzulänglich: „Die Abstandsregelungen kann man in den winzigen Zimmern vergessen“, sagt sie.